

## Internationale Dissidenz (III) 28.11.2016

**FRANKFURT AM MAIN/WIESBADEN** (Eigener Bericht) - Eine sozialwissenschaftliche Einrichtung der Universität Frankfurt am Main kooperiert mit Polizei und Geheimdiensten. Das an der Frankfurter Hochschule angesiedelte "Forschungszentrum Globaler Islam" ist Teil des "Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus", das vom Landeskriminalamt Wiesbaden und vom für Inlandsspionage zuständigen Verfassungsschutz gesteuert wird. Das Forschungszentrum wiederum sieht sich selbst als Think Tank, der die Funktion hat, die deutschen Repressionsbehörden bei ihrem Kampf gegen militante Islamisten durch die Evaluation von "Präventionsmaßnahmen" und "Deradikalisierungsprogrammen" zu unterstützen. Diese Aufgabenstellung deckt sich mit derjenigen des ebenfalls an der Universität Frankfurt beheimateten Wissenschaftsclusters "Internationale Dissidenz". Dort zielt man erklärtermaßen darauf, radikale politische Gruppen und Bewegungen wieder in die etablierten "Ordnungsstrukturen" zu integrieren. Passend dazu befassen sich auch die Frankfurter "Dissidenzforscher" mit der "Deradikalisierung" vom Salafismus beeinflusster Jugendlicher. "Repressive Maßnahmen" seien dabei "Teil der politischen Handlungsoptionen", heißt es.

### Spezialisten in allen Bereichen

Nach Angaben der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main ist die Leiterin des dortigen "Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam" (FFGI), Susanne Schröter, Mitglied des "Fachbeirats" des "Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus" [1] - einer von Polizeibehörden und Geheimdienststellen gesteuerten Einrichtung. Das "Präventionsnetzwerk" ist integraler Bestandteil des vom Hessischen Innenministerium ins Leben gerufenen "Hessischen Informations- und Kompetenzzentrums gegen Extremismus" (HKE), das nach eigenem Bekunden "sämtliche landesweiten Initiativen der Prävention und Intervention gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen aus den Bereichen des Rechts-, des Links- und des islamistischen Extremismus zentral erfasst, koordiniert und optimiert". [2] Sowohl in der "Lenkungsgruppe" des HKE als auch im "Fachbeirat" des "Präventionsnetzwerks" sind Beamte des Landeskriminalamts Wiesbaden und des für Inlandsspionage zuständigen Verfassungsschutzes vertreten. Erklärtes Ziel ist es, im Rahmen eines "ressort- und organisationsübergreifenden Ansatz(es)" alle als "extremistisch" definierten Gruppen und Bewegungen "ganzheitlich" zu bekämpfen. [3] Das HKE steht außerdem in direkter Verbindung mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), dessen "Beratungsstelle Radikalisierung" Freunde und Angehörige potenzieller Islamisten explizit dazu anhält, diese per Anruf bei einer eigens geschalteten "Hotline" zu denunzieren. Das BAMF könne dann sofort den "direkten Kontakt zu Spezialisten in allen Bereichen" herstellen, heißt es. [4]

### Neue Feinde

Zu den besagten "Spezialisten" zählt offenbar nicht zuletzt die Leiterin des "Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam", Susanne Schröter, die Presseberichten zufolge das Hessische Landeskriminalamt (LKA) auch direkt "berät". [5] Schon bei der Gründungskonferenz des FFGI Ende November 2014 war ein Mitarbeiter des LKA zugegen; in seinem Referat definierte er den "jihadistische(n) Salafismus" als "Jugendkultur" der "neuen Feinde der Demokratie". [6] Diese Auffassung deckt sich mit der des FFGI, das den militanten Islamismus zudem als "transnationale Bewegung" beschreibt, die ein "utopisches Gegenmodell zu real existierenden Gesellschaftsformen" darstelle. Eindeutig verworfen werden dagegen wissenschaftliche Analysen, die die "zunehmende Anziehungskraft des Salafismus in westlichen Ländern" in erster Linie auf die "Diskriminierungserfahrungen" von Migranten und ihren Nachkommen zurückführen. Folgerichtig ging es bei der Gründungstagung des FFGI denn auch nicht um Themen wie Rassismus und soziale Ungleichheit, sondern darum, "Präventionsmaßnahmen" und "De-Radikalisierungs-Programme" der deutschen Repressionsbehörden im Hinblick auf die erwünschten "Effekte" zu diskutieren. [7]

### Geeignete Abwehrmaßnahmen

Passend dazu betrachtet FFGI-Leiterin Schröter nach eigenem Bekunden das Rhein-Main Gebiet als zentrale "salafistisch-jihadistische Operationsbasis". Wie sie in einem gleichnamigen Aufsatz schreibt, sei die Tatsache, dass es hier noch keinen Angriff militanter Islamisten auf öffentliche Einrichtungen wie etwa Schulen gegeben habe, einzig der "bewundernswerten Arbeit der Polizei, den Informationen von Nachrichtendiensten und einigen glücklichen Zufällen zu verdanken". Dies liege nicht zuletzt daran, dass die gesellschaftliche Debatte über den gewaltbereiten Salafismus "fatalerweise" von einer "sozialarbeiterischen Perspektive" dominiert werde und daher wirklich "geeignete Abwehrmaßnahmen" ausblieben. Schröters ausdrückliche Unterstützung erfährt dagegen der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), Holger Münch, mit seiner Forderung nach einem "Masterplan" zur Bekämpfung des Islamismus:

"Darin ist ihm Recht zu geben, doch man sollte hinzufügen, dass eine zügige Umsetzung dieser Idee geboten ist. In Hessen, in Deutschland und darüber hinaus." [8]

#### **Gesamtgesellschaftliche Aufgabe**

Das von Schröter geleitete FFGI ist Teil des an der Frankfurter Universität beheimateten "Exzellenzclusters Normative Ordnungen", zu dem auch der Forschungszusammenhang "Internationale Dissidenz" zählt (german-foreign-policy.com berichtete [9]). Es verwundert daher nicht, dass sich die hier beschäftigten Wissenschaftler gleichfalls mit "Präventionsmaßnahmen" gegen potenziell gewaltbereite Islamisten befassen. In einer Publikation der "Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung" (HSFK) bezeichnen sie deren Durchführung als "gesamtgesellschaftliche Aufgabe" und bekennen sich explizit zur polizeilichen und geheimdienstlichen Repression als "Teil der politischen Handlungsoptionen". So wird etwa gefordert, spezielle "Gefängnis-Imame" für den Einsatz in staatlichen Haftanstalten zu rekrutieren: "Insbesondere politische Salafisten und Dschihadisten haben die Gefängnisse und ihre jungen, meist männlichen Insassen als lohnende Ziele ihrer Propaganda entdeckt und nutzen die Schwäche der Sicherheitsbehörden konsequent aus." [10]

#### **Neue Handlungsfähigkeit**

Die Politikberatung des FFGI wiederum erstreckt sich nicht nur auf Polizei und Geheimdienste, sondern auch auf das deutsche Militär. Untersucht wird etwa, wie die Bundeswehr in die Lage versetzt werden kann, "erfolgreich" eine "humanitäre Intervention" gegen den "Islamischen Staat" durchzuführen. Das FFGI spricht sich dabei einmal mehr für einen "ganzheitlichen Ansatz" aus, der die "Einbindung ziviler Akteure und lokaler Multiplikatoren" ebenso umfasst wie "entsprechende Folgemissionen": "In einem solchen Rahmen muss die deutsche Bundeswehr in ihrem Fähigkeitsspektrum und ihren Führungsstrukturen auf Tiefe vor Breite ausgerichtet werden. Als Strukturelement einer humanitären Intervention muss sie überdies ... die Befähigung zur militärischen Durchsetzung effizient einbringen können." Voraussetzung hierfür sei allerdings, dass sich die BRD endgültig vom "politischen Pazifismus" verabschiede, heißt es; nur so werde "eine neue Handlungsfähigkeit im internationalen Menschenrechtsschutz realisierbar". [11]

Bitte lesen Sie auch [Internationale Dissidenz \(I\)](#) und [Internationale Dissidenz \(II\)](#) .

[1] Mitarbeiterprofil Schröter, Susanne, Prof. Dr. [www.normativeorders.net](http://www.normativeorders.net).

[2], [3] Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus. [hke.hessen.de](http://hke.hessen.de).

[4] Beratungsstelle Radikalisierung. [www.bamf.de](http://www.bamf.de) Oktober 2016.

[5] Islamforscherin: Salafismus mittlerweile eine Jugendkultur. [www.faz.net](http://www.faz.net) 15.11.2016.

[6] Salafismus und Jihadismus. Der Traum vom Gottesstaat im 21. Jahrhundert. Konferenz am 28. November 2014 im Leopold Sonnemann-Saal des Historischen Museums Frankfurt (Programmflyer).

[7] Konferenz diskutiert Wege aus dem Salafismus. [www.normativeorders.net](http://www.normativeorders.net) 21.11.2014.

[8] Susanne Schröter: Das Rhein-Main-Gebiet als salafistisch-jihadistische Operationsbasis. Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam, 08.05.2015.

[9] Siehe hierzu [Internationale Dissidenz \(I\)](#) und [Sicherheitskultur](#) .

[10] Janusz Biene/Priska Daphi/Maik Fielitz/Harald Müller/Irene Weipert-Fenner: Nicht nur eine Frage der Sicherheit. Salafismus in Deutschland als gesamtgesellschaftliche Herausforderung. HSKF-Standpunkte 1/2015.

[11] Philipp Fritz: Die humanitär-militärische Interventionspraxis gegen den "Islamischen Staat" und die deutsche Perspektive auf das eigene Fähigkeitsspektrum. Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam, November 2015.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)